

Tansania

Information



Mission
EineWelt

Kein Pressedienst - Nur zur Information

08/2009

August

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, Sunday Observer, ITV Habari, Nipashe, The Citizen, ThisDay, Arusha Times, Msema Kweli, The East African, Uhuru na Amani (Zeitschrift der ELCT), UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs vom 23.07.2009 (Interbankrate) für 1,-- € 1.914/-- TSh (<http://www.oanda.com/cgi-bin/travel>)

| | |
|---|-----------------|
| Zur Arbeit des Parlaments Zu Besitzstand, Trennung von Amt und Wirtschaft; zu den Diäten; Kommentar | Seite 2 |
| Aus Parlamentsdebatten Kritik, Forderungen von Abgeordnete; Beiträge von CCM-Abgeordneten; Beiträge von Oppositionsabgeordneten, Minister sollen sich stellen | Seite 2 |
| Zu Nachwahlen | Seite 3 |
| Zu den Parteien Neue Partei; Wahlboykott-Androhung; Allianz in Sansibar; finanzielle Unterstützung; Geldnot der Opposition; Über- und Austritte; Politbarometer; Liste der Parteien | Seite 4 |
| Zum Kadi-Gericht Justizminister zum Kadi-Gericht, Reaktionen; Äußerungen zum Kadi-Gericht; Reaktion führender Muslime; Beratungen mit Premierminister Pinda; Reaktionen der Regierung; Kommentare | Seite 6 |
| Zu Gefahren durch Goldabbau Rückblick und Berichte zur Entwicklung; Reaktionen der Regierung; Reaktionen der Minenbetreiber; Maßnahme; Untersuchungsergebnisse; Regierung unter Druck; Reaktion der Regierung | Seite 8 |
| Zu Strafverfolgung, Haftbedingungen Zur Lage; Amnestie; zur Situation in Gefängnissen; zu Protesten in einigen Gefängnissen; Anmerkungen der Regierung; zivile Ankläger | Seite 9 |
| Zur Familienplanung in Sansibar | Seite 11 |
| Vorbereitung der Allgemeinen Wahl '10 durch <i>Catholic Church in Tanzania</i> Informations- und Bildungsprogramm; Reaktionen | Seite 11 |
| Was Dar-es-Salaamer Kinder in der Schule gerne tun | Seite 12 |

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das unten angegebene Konto

Herausgeber: Referat Afrika
Redaktion: Eva Caspary
Internet: www.tansania-information.de

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302
Ev. Kreditgenossenschaft eG, Kto.-Nr. 10 11 111 (BLZ 52060410)
Mission EineWelt: <http://www.mission-einewelt.de>
eMail: africa@mission-einewelt.de

Zur Arbeit des Parlaments

Zu Besitzstand, Trennung von Amt und Wirtschaft: Das *Tanzania Centre for Democracy* (TCD) riet der Regierung, der Öffentlichkeit die Einsicht in die Liste dessen, was die führenden Personen besitzen, zu erleichtern. Ibrahim Lipumba, amtierender TCD-Vorsitzender und Vorsitzender der Oppositionspartei CUF, sagte, die meisten Menschen hätten keine Ahnung von den Besitzverhältnissen der Verantwortungsträger, und das Gesetz zeige nicht, wie man Einblick in die Dokumente bekommen kann. Das müsse geändert werden, forderte er. Staatsministerin Sophia Simba sagte, man habe bereits über routinemäßige Prüfung der Verzeichnisse, in denen Verantwortungsträger ihren Besitz erklären, und über die Vorteile der Trennung von wirtschaftlicher Aktivität und öffentlichem Dienst diskutiert.

Peter Mziray, Vorsitzender der *Progressive Party of Tanzania*, sagte, will man Geschäft und öffentlichen Dienst trennen, müsse man Geschäftsunternehmen nach Kategorien ordnen. (Guardian 28.4.09)

*

Zu den Diäten: Parlamentspräsident Samuel Sitta verteidigte den Vorschlag der Abgeordneten, ihre monatlichen Diäten von 7m/- TSh auf 12m/- TSh anzuheben, was denen der kenianischen Abgeordneten entspreche; die ugandischen erhalten weniger. Wütend machten ihn die absolut übertriebenen Berichte. Er sei erstaunt, wie genau einige Presseleute und andere die Einkünfte der Abgeordneten beobachteten, den Einkommen anderer Mitarbeiter der Regierung dagegen keinerlei Beachtung schenkten. Minister und Richter, District- und Regional Commissioner gehörten zu den leitenden Mitarbeitern. Aber kaum jemals rede man über deren Einkommen. (Observer 3.5.09)

*

Kommentar: Dr. Wilbroad Slaa, Generalsekretär der Oppositionspartei Chadema, kritisierte, die unter Armut leidenden Tansanier würden von ihren Abgeordneten, die saftige Zuwendungen kassieren, 'bestohlen'. Die Mehrheit der Tansanier lebt in Armut. Angestellte wie Lehr- und Pflegekräfte, Landwirtschaftsberater bekommen ein kleines Gehalt. Doch unsere Abgeordneten begünstigen sich selbst mit saftigen Zuwendungen und Gehältern.

Ab und zu blitzt Brillanz auf. Das war beispielsweise der Fall, als es um den Richmond-Skandal ging <Vergl. Tans.-Inf. 3/08 S. 4; 3/09 S. 6> Aber das sind seltene Momente. Der allgemeine Eindruck ist, dass unsere Legislative sehr damit beschäftigt ist, sich selbst zu vertreten und direkte Familienangehörige. Man wird aktiv, wenn es um Gesetze und Anträge geht, die dem eigenen Wohlstand dienen, und den Personen, die einen reich machen können. Gesetze für das Wohl der Masse erörtert man nicht mit Energie.

Die meisten Abgeordneten haben kein funktionierendes Wahlkreis-Büro noch besuchen sie ihren Wahlkreis regelmäßig. (ThisDay 28.3.09)

Aus Parlamentsdebatten

Kritik und Forderungen unterschiedlicher Abgeordneter: Abgeordnete der regierenden Partei und der Opposition forderten die Regierung auf, den Kampf gegen Korruption in großem Stil zu intensivieren, indem sie alle prominenten Verantwortungsträger der Politik und der Verwaltung, denen ständig Korruption vorgeworfen wird, entlässt. Ein CCM-Abgeordneter erinnerte an das Sprichwort, "Wirf die Leiche hinaus, um die Fliegen fern zu halten." Es sei schockierend und ein Zeichen für Schwäche, dass die der Korruption Verdächtigten nicht "aus dem Fenster geworfen werden", Er forderte die sofortige Umsetzung der im vergangenen Jahr verabschiedeten Resolutionen.

Ein anderer sagte, die an vorderster Front gegen Korruption kämpfenden tapferen Bürger sollten Schutz genießen. "Die Regierung müsste auf sie hören, denn sie sind es, die sie gewählt haben." Einer warnte die Regierung vor Beschränkung der Pressefreiheit.

Ein Abgeordneter der CUF und einer der CCM klagten über die schlechten Leistungen der *Tanzania Railways Ltd.* (TRL) und der *Tanzania International Container Terminal Services* (TICTS). Es sei falsch, fast alles Ausländern zu übergeben. "Was ist unsere Freiheit dann wert?", fragte der CCM-Abgeordnete. (Citizen 17.6.09; ThisDay 17.6.09)

*

Beiträge von CCM-Abgeordneten: Einige Minister gerieten wiederholt ins Kreuzfeuer der Kritik wegen Inkompetenz, Wurstigkeit und Unfähigkeit, auf relativ einfache Fragen eine klare Antwort zu geben. Korrupte Verantwortungsträger sollten öffentlich genannt und aus dem Fenster geworfen werden, forderte eine CCM-Abgeordnete.

Eine andere berichtete, drei Jahre lang habe sie die zuständige Ministerin in einer Angelegenheit konsultiert, ohne eine Antwort auf ihre Briefe zu bekommen. Es sei sinnlos, Ministern viel Geld für

ihre Reisen zu geben, wenn sie ihrer Verantwortung nicht nachkommen. "Ca. 300m/- TSh erhält diese Ministerin für 2009/10 für Sprit allein. Das ist Geldverschwendung."

Manche Minister bevorzugten ihren Wahlkreis, obwohl sie doch dem ganzen Land dienen sollten, kritisierte ein CCM-Abgeordneter. "Bittet man sie, Gebiete im Hinterland zu besuchen, fragen sie zuerst, ob es dort gute Hotels und Straßen für ihre Luxuskarossen gibt."

Ein Abgeordneter beklagte, den Ministern fehle es an Patriotismus, sie betrögen die Tansanier. Die Tatsache, dass CCM-Abgeordnete Minister angreifen, zeigt deutlich, dass das Wahlfieber schon sehr frühzeitig steigt. (Guardian 28.6.09; Citizen 25.6.09; ThisDay 24.6.09)

*

Beiträge von Oppositionsabgeordneten: Bei der Parlamentsdebatte tauchten auch Fragen um die skandalumwitterte *Meremeta* und die mit ihr kooperierenden Gesellschaften auf. Seit Jahren wird die Regierung von diesem Thema verfolgt. Die Debatte darüber verschob der Parlamentspräsident aus Zeitgründen.

Bei der Fragestunde in der folgenden Woche galt das Interesse der oppositionellen Abgeordneten vor allem diesem Thema.

"Aus nationalem Interesse" untersagte Sitta eine öffentliche Debatte über *Meremeta*, denn diese Angelegenheit berühre die *Tanzania Peoples Defence Forces* (TPDF); sie sei deshalb delikater. Es wäre unklug, öffentlich darüber zu diskutieren.

Dr. Willbroad Slaa (Chadema), dem Stellvertretenden Oppositionsführer, erlaubte Sitta nicht, eine Zusatzfrage zu stellen.

Doch Kabwe Zuberi Zitto (Chadema) weigerte sich, eine Erklärung zu Vermutungen, die *Meremeta* betreffen, zurückzunehmen und erklärte, er sei bereit, die Konsequenzen zu tragen. Er verteidigte seinen Einwurf, die Reaktion eines Stellvertretenden Ministers sei ekelhaft. Er werde sich nicht entschuldigen. CCM-Abgeordnete hätten kurz vorher Minister "direkt angegriffen", betonte er.

Auch Hamad Rashid Mohamed (CUF), Oppositionsführer, weigerte sich, Folge zu leisten, als Sitta ihm verbot, über *Meremeta* zu sprechen.

Wiederholt äußerten Abgeordnete der Opposition, sie ließen sich den Mund nicht verbieten, würden öffentlich über dubiose Zahlungen der *Bank of Tanzania* (BoT) an *Meremeta* diskutieren. Die TPDF müssten herhalten, um zu verbergen, dass es beim *Meremeta*-Geschäft vielleicht Korruption gab, Prominente möglicherweise Profit schlugen aus den zweifelhaften Zahlungen. Der Ruf der TPDF sei im In- und Ausland gut; nun werde er besudelt.

Wenig später betonte Sitta, sein Erörterungsverbot habe sich ausschließlich auf das Thema *Meremeta* bezogen. Nur hierbei sei das Militär involviert. Unglücklicherweise sei er falsch zitiert worden.

'03 hatte *Meremeta* zusammen mit den TPDF begonnen, Gold abzubauen. Das Ziel war, Finanzmittel für die Fahrzeugproduktions-Abteilung zu erlösen. Erstaunlicherweise erklärte die Firma schon '06 den Bankrott und wurde aufgelöst. '06 endete demnach die Verwicklung der TPDF mit *Meremeta*. (Guardian 26.6./1.7.09; ThisDay 7.7.09)

*

Minister sollen sich stellen: Nachdem Abgeordnete, vor allem solche der CCM, Minister direkt angegriffen hatten, wies Premierminister Pinda alle Minister an, sämtliche vorgebrachten Vorwürfe und Angriffe zu notieren, um später offiziell reagieren zu können. Die Abgeordneten hätten das Recht, die Leistung der Minister zu beurteilen. "So etwas gibt es in Zeiten vor der Allgemeinen Wahl. Sind die Angriffe berechtigt, sollten sie als Herausforderung dienen", sagte er. (Guardian 26.6.09)

Zu Nachwahlen

Aus unterschiedlichem Anlass mussten seit der Allgemeinen Wahl 2005 einige Nachwahlen durchgeführt werden. Die Wahlbeteiligung war jeweils viel geringer als bei den Allgemeinen Wahlen. Das sei kein gutes Zeichen für die Entwicklung der Demokratie in Tansania, sagte Staatsminister Marmo.

Kiteto, Febr. 08: Sieg der CCM;

Tarime, Okt. 08: Sieg der Chadema; Wahlbeteiligung: 46 %

Busanda, Juni 09: CCM: 54,65 %, Chadema: 42,76 %; Wahlbeteiligung: 35,7 %

Biharamulo-West, 5.7.09: CCM: 50,9 %, Chadema: 48,46 %, TLP: 0,55 %; Wahlbeteiligung: 40,9%

Biharamulo-West: Der High Court hatte das Wahlergebnis dieses Wahlkreises von '05 (Sieg der TLP) für ungültig erklärt. Der Wahlkampf der drei Parteien, die einen Kandidaten aufgestellt

hatten, TLP, Chadema und CCM, war voll Spannung, bisweilen gewalttätig. Wider Erwarten war die Wahlbeteiligung gering.

Es dauerte sechs Stunden, bis Parteileute, Beobachter und Wahlbeauftragte unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in einigen Wahllokalen nachgezählt hatten.

Die Chadema ist überzeugt, das Ergebnis einiger Wahllokale sei gefälscht worden. "In Wirklichkeit sind wir auf fast 51 % der Stimmen gehüpft", sagte Zitto Kabwe, Stellvertretender Generalsekretär der Chadema und Abgeordneter von Kigoma-Nord. Doch man werde das Wahlergebnis nicht anfechten, denn die Zeit bis zur Allgemeinen Wahl im kommenden Jahr reiche nicht aus, um die juristischen Möglichkeiten auszuschöpfen. "Wir sagten unseren Unterstützern, sie sollten ruhig bleiben. Die CCM wird später im Jahr bei den Kommunalwahlen und im kommenden Jahr bei der Allgemeinen Wahl bestraft." Die Mitglieder der Chadema sollten Kräfte sammeln für die kommenden Wahlen (lokale Verwaltung, Räte, Parlaments-Abgeordnete) und wachsam sein. Dr Wilbrod Slaa, Generalsekretär der Chadema, betonte, die Niederlage der Partei sei eine Herausforderung für die kommenden Wahlen.

Ein CCM-Verantwortungsträger räumte ein, die Chadema sei eine ernstzunehmende Herausforderung gewesen. Sie habe sich den Wählern auf dem Land zugewandt. Das sei ein Zeichen für politische Reife. (DN 7./8.7.09; Guardian 13.6./ 5./6./7.7.09; Citizen 6./7./8.7.09)

Zu den Parteien

Neue Partei: Der Parteien-Registrierer gab bekannt, die Partei *Democratic National Congress* (DNC) sei vorläufig zugelassen. Vor der vollen Registrierung muss sie in mindestens zehn Regionen mindestens 2.000 Mitgliedern finden und andere Bedingungen erfüllen. Senator Julius Miselya sagte, die neue Partei werde die Demokratie im Land entwickeln, "denn "man beobachtete die Probleme, die viele Parteien haben". Das Hauptanliegen der DNC sei der Kampf gegen Korruption. Keinem Mitglied werde erlaubt, in der Partei zwei führende Posten zu bekleiden. Die DNC hoffe, vor der Allgemeinen Wahl im Jahr 2010 vollgültig registriert zu sein. Sie werde um die Präsidentschaft kämpfen. (Citizen 3.12.08)

*

Wahlboykott-Androhung: Bei einer Pressekonferenz forderte Prof. Ibrahim Lipumba, Vorsitzender der Oppositionspartei CUF, die Auflösung der *National Electoral Commission* (NEC) vor der Allgemeinen Wahl. Sie sei zu einer Agentur der regierenden CCM geworden, könne deshalb nicht mehr den Interessen aller Parteien dienen.

"Beim momentanen Stand der Dinge ist es für alle Parteien, außer der CCM, Vergeudung von Zeit und Mitteln, sich an irgend einer Wahl zu beteiligen", sagte er. Er drängte die anderen Oppositionsparteien, sich mit der CUF zusammenzuschließen.

Eine Woche vorher hatte sich die Chadema ähnlich geäußert. Sie war bei der Nachwahl in Busanda die größte Gefahr für die CCM. Man vermutet, die NEC habe der CCM bei dieser Nachwahl zum Sieg verholfen. (Citizen 9.6.09)

*

Allianz in Sansibar: Zwölf in Sansibar vertretene Parteien erneuerten ihre 'Allianz' und versprachen, durch Festigung der Partnerschaft, werde man bei der kommenden Wahl siegen. "Ohne Wiederbelebung der Allianz ist es unmöglich, die CCM aus der Regierung zu treiben", äußerten die Repräsentanten der beteiligten Parteien.

Die CUF gehört nicht zur Allianz. Einige äußerten, sie sei selbstsüchtig, verdiene es, diskriminiert zu werden, weil sie Amani Abeid Karume nicht als legitimen Präsidenten von Sansibar anerkennt. "Das sei nicht akzeptabel und Zeitvergeudung. Wenn er vereidigt ist, bleibt er Präsident, ob es dir gefällt oder nicht", betonten die Verantwortungsträger.

Eine Woche später zerbrach die Allianz, weil man einander misstraute. Man plane nun eine eigene Allianz, sagte der Vertreter der TADEA. NLD. NCCR-Mageuzi und NRA bleiben bei der ursprünglichen Allianz. (DN 15./20.6./22.7.09)

*

Finanzielle Unterstützung: Um freie und faire Wahlen zu unterstützen, gewährte das *United Nations Development Programme* (UNDP) 35 Mio. US\$. Die *National Electoral Commission* (NEC) und die *Zanzibar Electoral Commission* (ZEC) werden diese Mittel verwenden, um die Allgemeine Wahl im Jahr 2010 vorzubereiten, Eintragung und Aufklärung der Wähler, Koordination der Beobachter und Kommunikation. (Guardian 18.6.09)

*

Geldnot der Opposition: John Lifa Chipaka, Vorsitzender der Oppositionspartei TADEA, bat die internationale Gemeinschaft, den Oppositionsparteien Unterstützung zu gewähren, damit sie stark genug würden, um es mit der CCM aufzunehmen. Ohne finanzielle Mittel könne sich die Opposi-

tion nicht auf die Vorbereitung der Allgemeinen Wahl im Jahr 2010 konzentrieren. Sie sei an Händen und Füßen gefesselt, müsse mit dem Kopf voran gegen die CCM, den starken Elefanten, kämpfen. Das tansanische Volk wünsche eine Atmosphäre des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstandes. Es wolle seine Ziele nicht durch politische Kundgebungen, Konfrontationen und Aufstände erreichen. "Ohne Geld können wir nicht hart arbeiten für die Umsetzung der Manifeste unserer Parteien zum Wohl des Volkes. Bitte, helft uns, das zu tun", sagte Chipaka. (Guardian 18.6.09)

*

Über- und Austritte: Zwei einflussreiche CUF-Mitglieder traten in letzter Zeit aus und schlossen sich der CCM an. (Citizen 20.6.09)

Wilfred Lwakatare, CUF-Abgeordneter des Wahlkreises Bukoba-Stadt, bisher ein Stützpunkt der CUF, trat nach Meinungsverschiedenheiten mit den führenden CUF-Leuten und nachdem er bei einer Umbesetzung übergegangen worden war, zur Chadema über. In Solidarität mit ihm gaben 300 weitere CUF-Mitglieder dieses Wahlkreises ihren Partei-Ausweis zurück. Das zerstört die Hoffnung der CUF, bei der kommenden Wahl etwas zu erreichen. Lwakatare, bekannt für seine Redegewandtheit, hat in seinem Gebiet viele Anhänger. Sein Übertritt steigert in dieser Gegend die Chancen der Chadema. Sie sei die Hauptgefahr für die CCM, heißt es allgemein. (Citizen 20.6.09)

*

Politbarometer: Im Nov. 08 führte die an der *University of Dar-es-Salaam* (UDSM) angesiedelte Forschungsabteilung *Research and Education for Democracy in Tanzania* (Redet) zum dritten Mal, seit Jakaya Kikwete '05 das Amt des Präsidenten übernahm, in je einem Distrikt aller 26 Regionen eine Meinungsumfrage durch. 1.300 Personen wurden interviewt.

Es zeigte sich, dass die Unterstützung der CCM deutlich abnahm, die Opposition Boden gewinnt; laut Redet-Verantwortungsträgerin Dr Bernadeta Killian ein "positiver Indikator" für Wachstum der Demokratie. Doch die Oppositionsparteien müssten noch viel tun, um mehr Unterstützer zu gewinnen, sagte sie.

Die schlechtesten Noten bekamen das *Prevention and Combating of Corruption Bureau* (PCCB), Minister und Gerichte. Besser bewertet wurden die lokalen Verwaltungen. Sie liegen auf Platz zwei, hinter dem Parlament.

Die Menschen verloren das Vertrauen zur regierenden Partei und zur Regierung wegen schlechter Leistungen und weil die Wahlversprechen nicht gehalten wurden.

Ansehen der CCM '06: 60 %; '07: 40,7 %; '08: 32,6 %

Unzufrieden mit der CCM: '06: 12%; '08: 24,6 %

Negative Einstellung der Opposition gegenüber: '06: 51 %; '08: 26,5 %

Freunde der CCM: 72,8 %; der Opposition: 62,1 %

Kikwete selbst wurde besser bewertet als seine Partei.

Vertrauen zu Kikwete: '06: 90,1 %; '07: 79,4 %; '08: 78,5 %.

In Karatu, dem Wahlkreis von Dr Slaa, Chadema-Repräsentant: unzufrieden mit Kikwete: 66 %.

Zutrauen zum momentanen Kabinett: 63,8 %

In Sansibar: Unterstützung für Präsident Abeid Karume: '07: 35,5 %; '08: 44 % (Citizen 28.4.09)

*

Die Parteien:

Im Parlament:

Chama cha Mapinduzi (CCM); Vorsitzender: Jakaya Kikwete

Chama cha Demokrasia na Maendeleo (Chadema); Vorsitzender: Freeman Mbowe

Civic United Front (CUF); Vorsitzender: Ibrahim Lipumba

United Democratic Party (UDP); Vorsitzender: John Cheyo

Nicht im Parlament vertreten:

Chama cha Haki na Ustawi (Chausta)

Democratic Party (DP)

Demokrasia Makini (Makini)

Forum for the Restoration of Democracy (FORD)

Jahazi Asilia

National Convention for Construction and Reform-Mageuzi (NCCR-Mageuzi)

National League for Democracy (NLD)

National Reconstruction Alliance (NRA)

Popular National Party (PONA)

Progressive Party of Tanzania Maendeleo (PPT-Maendeleo)

Sauti ya Umma (SAU)

Tanzania Democratic Alliance (TADEA)

Tanzania Labour Party (TLP)
Union for Multiparty Democracy (UMD)
United Peoples Democratic Party (UPDP) (DN 8.9.08)

Zum Kadi-Gericht

<Vergl. Tans.-Inf. 2/03 S. 11; 12/06 S. 10; 11/07 S. 11; 9/08 S. 3>

Eines der Versprechen des CCM-Wahlmanifests '05 lautet, man werde erwägen, in Tansania-Festland Kadi-Gerichte einzuführen. In Sansibar sind sie seit 1985 Teil des Rechtssystems. Sie sind zuständig für Meinungsverschiedenheiten unter muslimischen Gläubigen. In Sansibar sind 99 % der Einwohner Muslime, in Tansania-Festland nahezu 50%. (Guardian 1./2.7.09)

*

Der Justizminister zu Kadi-Gerichten, Reaktionen: Bei der Vorlage des Haushaltes seines Ministeriums, erklärte Mathias Chikawe, Minister für Justiz und Verfassungsfragen, man werde keine Kadi-Gerichte einführen, doch das im Augenblick geltende Rechtssystem kümmere sich um alle Fälle, die nach früheren Plänen von den Gerichten, für die sich die muslimischen Gläubigen einsetzen, behandelt werden sollten. Das Amt des Generalstaatsanwaltes sei dabei, die Ansichten der muslimischen Repräsentanten zu erkunden, um eine Liste der relevanten muslimischen Prinzipien zusammenzustellen, die später in das juristische Rahmenwerk des Landes eingearbeitet werden. Ein von der Regierung gebildetes Komitee rechtswissenschaftlicher Gurus habe die diesbezüglichen Empfehlungen der *Law Reform Commission* bereits durchgearbeitet und den Generalstaatsanwalt entsprechend beraten. Es sei sichergestellt, dass die Regierung die Interessen der muslimischen Gläubigen garantiert und schützt. "Das System wird die Rechte der Muslime schützen ohne die Verfassung des Landes zu untergraben", erklärte Chikawe. Ein ähnliches System funktioniere in Südafrika, "wo es viele Muslime gibt". Der Prozess der Einarbeitung werde im Lauf des Finanzjahres 2009/ 10 abgeschlossen und "sehr sorgfältig" durchgeführt.

Ein prominenter Menschenrechtsaktivist sagte: "Die Regierung verspricht oder plant nichts Neues für die Muslime oder die Nation." Alle geltenden Rechte müssten genau befolgt werden. "Sogar das Gewohnheitsrecht verdient Respekt." (Guardian 1./2.7.09)

*

Äußerungen zum Kadi-Gericht: Wiederholt hatten die Kirchen gegen den Plan, Kadi-Gerichte einzusetzen, Einspruch erhoben. Der wirkungsvollste ist eine von 64 Verantwortungsträgern unterzeichnete Petition des *Christian Council of Tanzania* (CCT). Dr. Leonard Mtaita, Generalsekretär des CCT, betonte bei einem Telefongespräch, die Entscheidung der Regierung sei "sehr aner kennenswert". Ein anderer CCT-Verantwortungsträger sagte, das Vorgehen sei weise, denn die Einführung eines unabhängigen Kadi-Gerichts der ehemals empfohlenen Art wäre nicht verfassungsgemäß gewesen. (Guardian 1./2.7.09)

Premierminister Pinda sagte im Parlament, das Thema Kadi-Gericht werde sorgsam behandelt. Für eine überstürzte Erledigung sei es zu heikel.

Parlamentspräsident Samuel Sitta erklärte: "Im Wahlmanifest steht nicht, die Regierung werde Kadi-Gerichte einrichten, sondern, sie werde sich mit diesem Thema befassen." (DN 3.7.09)

*

Reaktionen führender Muslime: Muslimische Geistliche versammelten sich in der Zentrale des *National Muslim Council* (Bakwata) in Dar-es-Salaam, um einen Tag lang hinter verschlossenen Türen über die Entscheidung der Regierung gegen die Einrichtung von Kadi-Gerichten in Tansania-Festland zu diskutieren. (Guardian 1./2.7.09)

Der Oberscheich (Mufti), Scheich Mohamed Issa Simba, forderte die Regierung auf, das Thema Kadi-Gericht ernst zu nehmen. Die Muslime hätten etwa 20 Jahre lang Geduld geübt und darauf gewartet, dass die Regierung, zu ihrem Versprechen steht, Kadi-Gerichte einzuführen. Es gehe nur um Ehe- und Erbschaftsfragen, andere Themen blieben unberührt. Nur Muslime, die dem Gesetz zustimmten, seien betroffen, Personen, die christliche Partner haben, dürften nicht teilhaben. "Der Minister sollte die Existenz der muslimischen Gemeinde in diesem Land beachten", betonte der Oberscheich. (DN 3.7.09)

Scheich Suleiman Kilemile, Vorsitzender aller muslimischen Komitees, rief die Muslime ganz Tansanias auf zu 40 Tage währenden besonderen Gebeten, um Gott anzuflehen, er möge diejenigen bestrafen, die beteiligt waren an der Vorbereitung des Manifests der regierenden Partei und der Entscheidung der Regierung, die muslimischen Prinzipien in die Gesetze einzugliedern.

Kilemile erklärte, die Gebete würden gleichzeitig mit anderen Mitteln, die die Einsetzung von Kadi-Gerichten vorantreiben, fortgesetzt. (Citizen 6.7.09)

Nach einer Versammlung von mehr als 400 Imamen und Scheichs in der Mtoro-Moschee in Dar-es-Salaam sagte Oberscheich Mohamed Issa Simba, man werde die Regierung durch friedliche Demonstrationen zwingen, ihre Einstellung zu ändern und dafür zu sorgen, dass sofort Kadi-Gerichte eingeführt werden. Bei einer Pressekonferenz verurteilte er die Eingliederung der muslimischen Prinzipien in das Gesetz und die Behandlung der Muslime als Bürger zweiter Klasse. Die muslimische Gemeinschaft werde die CCM dafür bestrafen, dass sie in ihrem Manifest getrickt und gelogen hat. Dieses werde das letzte Mal sein, dass man mit der Regierung verhandelt. "Wir rufen die Muslime auf, mit ihren Händen gegen diese Demütigung zu kämpfen. Eine Möglichkeit sei, solche Verantwortungsträger nicht zu wählen. "Wir planen, die regierende Partei bei der kommenden Wahl zu bestrafen. Der Allmächtige Gott versprach seinen Nachfolgern den Sieg. Wir wollen, dass die Regierung die Muslime an Dingen, die für ihren Glauben wichtig sind, beteiligt, nicht Leute, die nichts kapierten, denn wir haben viele Experten dieser Gesetze. Wir verdammen die christlichen Kirchen, die sich in den muslimischen Glauben einmischen, und die Regierung, weil sie für die Kirchen Partei ergreift, um die Muslime zu unterdrücken." Die Behauptung, in Südafrika gebe es viele Muslime, sei eine Lüge, betonte Oberscheich Issa Mohamed Simba; es seien nur 2 %. "Wir erklären, die Muslime lieben den Frieden und nirgendwo haben Kadi-Gerichte Chaos verursacht. Aber dieses Recht zu verweigern, könnte zu Gewalt führen, denn wir werden bis zum Ende für unseren Glauben kämpfen." (Citizen 6.7.09)

*

Zu Beratungen mit Premierminister Pinda: Premierminister Pinda lud Bakwata-Repräsentanten und Scheichs aller muslimischen Denominationen zu einem Treffen ein. Man vereinbarte, einen gemeinsamen Ausschuss, bestehend aus Scheichs und Rechtsexperten, einzusetzen. Nach diesen Beratungen dämpfte der Bakwata seinen Aufruf zu Aktionen für eine sofortige Einführung von Kadi-Gerichten. Oberscheich Mohamed Issa Simba bat die muslimische Gemeinschaft, Ruhe zu bewahren, während Bakwata und Regierung die beste Herangehensweise an die Forderung der Muslime eruierten. "Lasst uns geduldig sein. Der Premierminister versicherte, man habe die Idee des Kadi-Gerichts nicht verworfen, wie berichtet worden war. Der Prozess geht weiter." Pinda werde Klarheit schaffen bezüglich der vom Minister für Justiz und Verfassungsfragen im Parlament abgegebenen Erklärung zum Kadi-Gericht. Simba warf den muslimischen Verantwortungsträgern vor, sie hätten die Medien falsch informiert. Man müsse ihn als den übergeordneten Sprecher respektieren.

Während Oberscheich Simba zur Ruhe mahnt, planen andere eifrig eine friedliche Demonstration und die von Scheich Kilemile geforderten am 15. Juli beginnenden Gebete. (DN 7.7.09; Citizen 7.7.09)

Der Bakwata bildete einen 25-köpfigen Ausschuss, bestehend aus Experten des muslimischen Rechts, Advokaten und anderen Fachleuten des sozialen Sektors. Er soll mit der Regierung die Möglichkeit der Einrichtung von Kadi-Gerichten beraten. Den Vorsitz hat Oberscheich Mohamed Issa Simba. (Citizen 14.7.09)

*

Reaktion der Regierung: Im Parlament erklärte Pinda, die Regierung arbeite eng mit den führenden Leuten der muslimischen Gemeinschaft zusammen, um sicherzustellen, dass das Thema Kadi-Gericht friedlich gelöst wird. Er dankte Oberscheich Simba für seine energischen Bemühungen, die Muslime zu beruhigen, nachdem einige Medien verwirrende Berichte verbreitet hatten. Die Regierung sei nicht gegen die Einrichtung von Kadi-Gerichten, aber sie wolle nicht für diese verantwortlich sein. Präsident Kikwete habe ihn gebeten, die Muslime zur Einrichtung von Kadi-Gerichten in ihrem religiösen Rahmen aufzufordern. Es sei nicht weise, wenn die Regierung dort den Vorsitz führt. (DN 17.7.09; Citizen 17.7.09)

*

Kommentare: Vor Journalisten sagte Weihbischof Kilaini, die Kirche habe kein Problem mit Kadi-Gerichten, vorausgesetzt, sie entsprechen der Verfassung, verstoßen nicht gegen Gesetze. "Ich bin glücklich", dass Regierung und Muslime gute Fortschritte machen bei ihren Beratungen über die Einführung der Gerichte. "Ich bin kein Muslim, aber ich bin nicht gegen den Islam und seine Methoden." Berichte, die katholische Kirche sei gegen Kadi-Gerichte, verurteilte er. Manche meinen, es sei nicht recht, die Steuerzahler die Kadi-Gerichte bezahlen zu lassen. (Citizen 8.7.09; ThisDay 20.7.09)

Zu Gefahren durch Goldabbau

Rückblick und Berichte zur Entwicklung: Schon vor einigen Jahren berichteten Menschen, die im Gebiet der *North Mara Gold Mine* (NMGGM) leben, aus dem Klärteich sickerten Schadstoffe. Sie

flößen in den Tigithe-Fluss und verursachten bei den in der Nähe lebenden Menschen ernstzunehmende Gesundheitsprobleme. Die Verantwortungsträger des Distrikts und der Region kümmern sich offensichtlich nicht.

Die Klagen veranlassten eine Arbeitsgruppe aus führenden Leuten unterschiedlicher Religionsgruppen die Bergbaugebiete von Geita, Bulyanhulu, Nzega, Buhemba und Nord-Mara zu besuchen. Es waren Repräsentanten des *Muslim Council of Tanzania* (Bakwata), des *Christian Council of Tanzania* (CCT), der *Tanzania Episcopal Conference* (TEC) und Beobachter der norwegischen *Church Aid*. Sie sprachen auch mit den Familien, die man evakuiert hatte und den rings um die Minen lebenden Menschen. Auf ihrer Tour wurde die Gruppe gründlich inspiziert. Sie musste Handys und Kameras am Eingangstor abgeben; die sie begleitenden Reporter durften die Mine nicht betreten. Die muslimischen und kirchlichen Verantwortungsträger berichteten, der ganze Besuch sei unmenschlich gewesen. Ein Treffen mit der Leitung, das sie inständig erhofft hatten, sei nicht möglich gewesen.

Im Bericht der Gruppe heißt es, beim Besuch in Nord-Mara habe man schlimme, vom Bergbau verursachte Umweltzerstörung beobachtet.

Im Mai 09 verschlimmerte sich die Lage. Häufig wurde von Todesfällen und verendeten Haustieren berichtet.

Viele misstrauen den Berichten, hielten sie mindestens für übertrieben, oder vermuteten, Oppositionsparteien stünden dahinter. Endlich schrieb ein Verantwortungsträger aus dem Tarime-Distrikt an den zuständigen Minister und an eine swahilisprachige Tageszeitung.

Unverzüglich reisten Mitarbeiter des CCT erneut nach Nord-Mara. Sie stellten fest, die Lage sei ziemlich schrecklich. Das Gras sei von der ätzender Lauge aus dem Klärteich verbrannt.

Weil die Klagen der Bevölkerung stets unbeachtet blieben, beauftragte der CCT eine Gruppe von Experten der *University of Dar-es-Salaam*. Diese äußerte, es sei offensichtlich, dass die NMGM das Gelände um die Dörfer und die ihr Projekt umgebenden Wasserläufe vergiftet. Fauna und Flora seien gefährdet.

Der Stellvertretende Innenminister wurde nur in unbelastete Gebiete geführt. Doch als es einem Einwohner gelang, ihm zu zeigen, wo das ätzende giftige Abwasser austritt, sagte er wutentbrannt, diese Emissionen könnten eine Katastrophe herbeiführen, denn der Tigithe fließt in den Mara-Fluss; der mündet in den Viktoriasee, das Zentrum der Binnenfischerei Ostafrikas.

Der Vizekanzler der *St Augustine University* sagte, Tansania muss lernen, dass Umweltschutzbestimmungen Teil der Bergbauverträge sein müssen. Die lokalen Behörden sollten derartige Verträge erzwingen. Im Fall von Nord-Mara müsse man dafür sorgen, dass die Bergbauunternehmen den Opfern eine angemessene Entschädigung zahlen und die Beteiligten gerichtlich verfolgt werden, falls es hier um einen kriminellen Fall geht. (Guardian 9.7.08)

*

Reaktionen der Regierung: Ende Juni hatte Parlamentspräsident Samuel Sitta den Oppositionsabgeordneten John Cheyo (UPD) aus dem Parlament verwiesen, weil dieser ihn mit Vermutungen konfrontierte, Säure enthaltendes Wasser trete aus dem Bergwerk im Tarime-Distrikt aus. Doch auf Druck von Abgeordneten und Zivilgesellschaft wurde ein Untersuchungsausschuss, aus Abgeordneten und Umweltpersonen bestehend, in die Mara-Region entsandt, um Ursache, Ausmaß und Auswirkung der in den Tigithe gelangenden Säure zu prüfen, ebenso die Behauptung, von Mai bis Juni 09 habe das Säure enthaltende Wasser 21 Menschen und 200 Stück Vieh getötet. (Später wurde von 43 Todesfällen berichtet.)

Vertreter des *Legal and Human Rights Centre* (LHRC), des *Lawyers' Environment Action Team* (LEAT) und des *Christian Council of Tanzania* (CCT) hatten von der Regierung rasche Schritte gefordert, den Rücktritt des zuständigen Ministers und der betreffenden lokalen Behörden, sowie die Bestrafung der *Barrick Gold Mine*, der Betreiberin der NMGM. (DN 22.6./4.7.09; Guardian 6.7.08)

*

Reaktion der Minenbetreiber: Der Leiter des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verlangte zu erfahren, warum die Minenleitung ihr Brauchwasser nicht vom Tigithe, der wesentlich näher sei, sondern vom Mara-Fluss hole. Das sei in Ordnung, sagte der Manager. Er gab zu, die Beziehung zwischen der Mine und den Nachbarn habe sich seit Dezember 08 verschlechtert. Damals seien zwei Einwohner erschossen und Geräte der Mine im Wert von Mio. TSh beschädigt worden. Etwa 400 Dorfbewohner seien ins Gelände eingedrungen und mit der Einsatztruppe der Polizei zusammengestoßen. (DN 9.7.09)

*

Maßnahme: Die Regierung untersagte die Verwendung des Tigithe-Wassers, bis das mit Säure aus der NMGM belastete Wasser untersucht sei. Doch nahezu 2.500 Dorfbewohner hängen von diesem Wasser ab; für eine Alternative wurde nicht gesorgt. (Citizen 9.7.09)

*

Untersuchungsergebnisse: Staatsministerin Buriani berichtete, die von Dorfbewohnern entnommenen Blut- und anderen Proben zeigten Spuren von Gift. Bei vielen, die nahe bei der NMGM leben, beobachtete man Symptome von Vergiftung.

Umweltexperten der *University of Dar-es-Salaam* fanden in Wasser-, Ablagerungs- und Bodenproben des Tigithe Mengen von Schwermetallen, die nach internationalem Standard unzulässig sind, und gefährliche Stoffe, wie dem bei der Goldgewinnung verwendeten Zyanid. Bisher hatte man sich bei den Untersuchungen auf den Gehalt an Schwefelsäure beschränkt. (DN 10.7.09; Guardian 10.7.09; ThisDay 10.7.09)

*

Regierung unter Druck: Der Direktor des LHRC kritisierte, die Regierung habe gezögert, angemessen zu reagieren. Obwohl die Bergbaugesellschaften dauernd gegen Bergbaustandards verstießen, sei die Regierung stumm geblieben.

Der Druck auf die Regierung, die NMGM zu schließen, wächst. Ein Regierungsvertreter sagte, die Meinung der Regierung scheine sich zu ändern. - Verantwortungsträger erwägen nun, die Mine zu schließen, wenigstens vorübergehend. (ThisDay 10.7.09)

*

Reaktion der Regierung: Staatsministerin Buriani berichtete, im August werde die Regierung Umweltbeauftragte rekrutieren und sie in allen Distrikten, in denen Bergbau betrieben wird, einsetzen, um sicherzustellen, dass der Bergbau die Umwelt nicht belastet. Um die kaputten Beziehungen zwischen Bergbaufirmen und den sie umgebenden Gemeinden zu kitten, werde man in den Distrikten Entwicklungsbeauftragte einsetzen. (Citizen 13.7.09)

Zu Strafverfolgung, Haftbedingungen

Zur Lage: Aus einem Bericht des *Legal and Human Rights Centre* (LHRC) 2008: Mindestens 286 Inhaftierte sind zum Tod verurteilt, 14 von ihnen seit mehr als 10 Jahren. Tansania ist eines der 25 Länder, die noch an der Todesstrafe festhalten.

Immer mehr Menschen fallen Lynchmorden zum Opfer. Die Ursachen sind wahrscheinlich fehlendes Vertrauen zur Polizei und zu ihrem Umgang mit Kriminalität, Unkenntnis der Gesetze, und die weite Entfernung zur Polizeistation.

Die meisten Tansanier kennen die Gesetze nicht, denn fast alle sind in englischer Sprache verfasst; doch die meisten sind nicht mit ihr vertraut.

Es gibt in Tansania nur 1.071 Anwälte; fast alle stehen lediglich in den Regionen Arusha und Dar-es-Salaam zur Verfügung.

Eine Mitarbeiterin des *Zanzibar Legal and Human Rights Centre* (ZLHRC) berichtete, auf den Inseln nähmen häusliche Gewalt, incl. Vergewaltigung zu. Auf Pemba gebe es keinen einzigen Anwalt. (DN 27.4.09; Express 5.6.09)

*

Amnestie: Anlässlich des 45. Jahrestages der Union, des Zusammenschlusses Tanganjikas mit Sansibar, begnadigte Präsident Kikwete 3.247 Häftlinge, vor allem solche, die wegen kleinerer Delikte einsaßen, außerdem Inhaftierte die an HIV/AIDS, TB oder Krebs in fortgeschrittenem Stadium leiden, Menschen mit einer Behinderung, Leute über 70, Schwangere und Stillende. Von Begnadigung ausgeschlossen sind alle, die zum Tod, zu lebenslanger Haft, wegen Korruption, Drogenhandels, Raubüberfalls, des Besitzes von Feuerwaffen, Beschädigung der Infrastruktur oder als Wiederholungstäter verurteilt wurden. (DN 27.4.09)

*

Zur Lage in Gefängnissen: Im Gefängnis des Kahama-Distrikts (Shinyanga-Region) sind 391 Untersuchungshäftlinge und 69 Verurteilte untergebracht, nahezu sechsmal so viele wie vorgesehen.

Neun im Karanga-Gefängnis inhaftierte Kenianer berichteten, Gefängniswächter hätten sie belästigt und gefoltert, bisweilen geprügelt und diskriminiert, nur weil sie Kenianer seien.

Ein Inhaftierter klagte, unkontrolliert kämen Zigaretten und Drogen ins Karanga-Gefängnis, was die Gesundheit der Inhaftierten gefährde, vor allem derjenigen mit Problemen der Atemwege. (DN 25.6.09; Express 5.6.09)

Ein Minister der Regierung von Sansibar berichtete, die meisten Haftanstalten seien überbelegt. Von den Inhaftierten seien 64 Frauen, 2.100 Männer, einige von ihnen jünger als 18 Jahre. Die Personen in Untersuchungshaft seien eine Last, denn laut Gesetz dürften sie bis zur Verurteilung nicht arbeiten. Er versicherte, in diesem Finanzjahr werde die Regierung die Sicherheitsorgane in die Lage versetzen, gegen die Armut zu kämpfen. Moderne landwirtschaftliche Geräte, incl. Traktoren und Kunstdünger habe man bereits zur Verfügung gestellt. (Guardian 2.7.09)

Abgeordnete äußerten, der beklagenswerte Zustand der Haftanstalten bereite ihnen große Sorgen. Sie seien überbelegt, zu alt und für die Unterbringung von Menschen ungeeignet. Einer berichtete von einem Gefängnis, das vor 30 Jahren erbaut wurde, doch bisher noch nicht fertiggestellt sei. Die Temperatur sinke dort bis auf 5°C, aber die Decken seien sehr alt. - Eine CUF-Abgeordnete sagte, die Haftanstalten seien nun Folterstätten statt Orte für Verhaltensänderung, obwohl Tansania mehrere Vereinbarungen zu den Menschenrechten unterzeichnete. (Guardian 9.7.09)

*

Zu Protesten in einigen Gefängnissen: Im Ukonga-Hochsicherheitsgefängnis (Dar-es-Salaam) begannen zum Tode Verurteilte einen Hungerstreik, um gegen die schlechte Kost zu protestieren. Skrupellose Gefängniswärter nahmen das beste Essen mit, verkauften es in nahegelegenen Schulen. Statt Reis, Gemüse, Obst, Fleisch und Brot erhielten sie nur Ugali und Bohnen, behaupteten die Inhaftierten.

Der Öffentlichkeitsbeauftragte der Gefängnisse bestritt, dass diese Anschuldigungen der Wahrheit entsprechen.

Alle Inhaftierten, die sich weigerten, zu essen und zu trinken, durften ihre Zelle nicht verlassen. Kurz nachdem *The Guardian* über die Inhaftierten berichtet hatte, verbot die Gefängnisleitung den Wächtern, Handys zu verwenden, denn sie hätten vermutlich Informationen durchsickern lassen. Nach einigen Tagen begannen die Streikenden, trockenes Brot und heißes Wasser zu sich zu nehmen. Drei wurden in das Gefängnis Krankenhaus verlegt, weil ihr Zustand kritisch war.

Im Ukonga-Gefängnis sitzen mehr als 3.000 Häftlinge ein, 286 zum Tod Verurteilte, 90 von ihnen warten seit mehr als 20 Jahren auf die Vollstreckung der Todesstrafe. (Guardian 4./6./13./21.5.09)

The Guardian erfuhr, die *National Commission for Human Rights and Good Governance* plane, mit einem Untersuchungsauftrag das Keko-, das Segera- und das Ukonga-Gefängnis zu besuchen. Der Öffentlichkeitsbeauftragte der Haftanstalten sagte: "Dies ist lediglich einer der Routine-Besuche der Kommission. Da ist wirklich nichts sehr Besonderes dabei." Innenminister Masha tat die Berichte als bloße Propaganda ab. (Guardian 21.5.09)

Im Sumbawanga-Gefängnis (Rukwa-Region) traten Gefangene, die wegen Todschlags oder Mordes angeklagt sind, in unbegrenzten Hungerstreik, um Druck auf den *High Court* auszuüben, damit er ihre Vernehmung beschleunige. Sie warteten schon sehr lange, würden von Richtern und Gefängnisangestellten misshandelt, behaupten sie. Sie seien schon drei oder vier Jahre in Untersuchungshaft, ohne vernommen zu werden. Deshalb sollten sie gegen Kaution freigelassen werden. Sie versprächen, zur Verhandlung, wie gefordert, zu erscheinen. (DN 30.5.09)

2007 boykottierten Inhaftierte in einigen Regionen die Gerichtsverhandlung, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Bearbeitung ihres Falles verschleppt wird. (DN 30.5.09)

Inhaftierte, die in überfüllten Gefängnissen einsitzen, werfen der Polizei der Singida- und der Shinyanga-Region vor, aus unterschiedlichen Gründen brächten sie falsche Anklagen gegen sie vor, z. B. aus persönlichem Hass oder weil sie Schmiergeld erhoffen, wenn die Anklage eingestellt wird. Den Gerichten werfen die Gefangenen vor, sie verzögerten die Verurteilung, sodass man keinen Einspruch erheben könne. (Express 5.6.09)

Weil ihre Verhandlung verzögert werde, begannen 37 Inhaftierte, die am 8.3.09 in Zusammenhang mit illegalem Fischfang verhaftet worden waren <Vergl. Tans.-Inf. 5/09 S. 2>, einen Hungerstreik. Sie wollen ihn fortsetzen, bis ihr Fall entschieden sei. Zu aller Erstaunen riefen die Fischer, die vorgeblich nicht mit dem Englischen vertraut sind, im Gericht in englischer Sprache laut: "Wir wollen Gerechtigkeit. Wir sind das Gerede von Vertagung leid. Wir vermissen unsere Familien." (DN 13.6.09)

*

Anmerkung der Regierung: Chikawe, Minister für Justiz und Verfassungsfragen, und Oberstaatsanwalt Augustino Ramadhan erklärten wiederholt, auch der Mangel an Richtern sei schuld an Verzögerungen in der Rechtsprechung. Man gebe sich alle Mühe, um die Lage zu verbessern. (DN 30.5.09)

*

Zivile Rechtsprechung: Dank ziviler Rechtsprechung ging die Zahl der Inhaftierten zurück, laut Amt des *Director of Public Prosecution* (DPP) von durchschnittlich 45.000 auf 38.423 (zu Haftstrafe Verurteilte: 17.884; Menschen in Untersuchungshaft: 19.289).

Die zivilen Ankläger sollen in eigenen Einrichtungen ausgebildet werden, sagte ein DPP.

Dieses System gibt es nur in ausgewählten Gefängnissen, in denen Staatsanwälte Recht sprechen, nicht Polizeibeamte. Im Rahmen des alten Systems hatte die Polizei den Auftrag, zu verdächtigen, zu verhaften, anzuklagen und den Angeklagten strafrechtlich zu verfolgen. "Dabei

war faire Rechtsprechung nicht möglich“, sagte Chikawe, Minister für Justiz und Verfassungsfragen. (Express 28.5.09)

Zur Familienplanung in Sansibar

Im *House of Representatives* Sansibars kritisierten die Abgeordneten der Oppositionspartei CUF die Methoden der Familienplanung. Sie baten sogar die Regierung Sansibars, wieder einzuführen, dass die Tansanier vom Festland einen Pass haben müssen, wenn sie nach Sansibar kommen. Einer forderte, die Regierung solle untersuchen lassen, warum die Einwohnerzahl Sansibars in die Höhe schnellte. „Stellt euch vor, es zeigt sich, dass jeden Tag viele Ausländer nach Sansibar hereinkommen“, sagte er. Zwei weitere CUF-Abgeordnete unterstützten den Plan, den Sansibaris so viele Kinder bekommen zu lassen, wie sie wollen. (DN 24.6.08)

Der Minister für Gesundheit und Soziales Sansibars sagte im *House of Representatives*, damit die Gesundheitslage der Nation besser werde, sollten die Sansibaris weiterhin Geburtenkontrolle betreiben. Ungeplante Geburten seien die Ursache einer Reihe von Gesundheitsproblemen. Laut Statistik von 2008 für Sansibar wurden 7.984 Frauen nach weniger als zwei Jahren erneut schwanger, 1.516 Mädchen wurden vor dem 20. Geburtstag schwanger, 7.536 Frauen haben mehr als vier Kinder.

„Wir sollten davon abraten, mehr Kinder zu haben, als wir gut erziehen können und sehr frühe Schwangerschaft vermeiden, um die Gesundheit unsere Mütter und unserer Kinder zu schützen“, betonte er. (DN 26.6.08)

Bei einem Workshop rief eine Gynäkologin aus Dar-es-Salaam die Journalisten auf, das öffentliche Bewusstsein zu Familienplanung und Gesundheit der Mütter zu fördern. Wer nicht so viele Kinder hat, muss keine große Familie ernähren und kann anderwärts investieren, sagte sie. (Guardian 11.7.08)

Vorbereitung der Allgemeinen Wahl 2010 durch *Catholic Church in Tanzania*

Informations- und Bildungsprogramm: In Vorbereitung der Allgemeinen Wahl im Jahr 2010 startete die *Catholic Church in Tanzania* im Januar 09 ein intensives Programm der staatsbürgerlichen Bildung. Es geht dabei um die Menschenrechte und die Pflichten aller Bürger.

In einer Erklärung der *Justice and Peace Commission* der *Tanzania Episcopal Conference* (TEC) und der *Christian Professionals of Tanzania* (CPT), eines mit der römisch-katholischen Kirche verbundenen Verbandes, wird die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen beklagt. Die Regierung solle die einfachen Männer und Frauen unterstützen, statt sich auf wirtschaftliches Wachstum zu konzentrieren. In einer Erklärung heißt es: „Wir können nicht auf die Lösung der Armutfrage hoffen, wenn wir uns auf ein paar magere Quellen für Wachstum wie Tourismus und Bergbau verlassen.“ Die Tendenz in Richtung Kapitalismus sei das Haupthindernis für die Entwicklung des Landes. Tansania habe in den letzten Jahren ernstzunehmende Krisen der Verantwortungsträger erlebt. „Zuerst müssen wir über die Ursache des Problems diskutieren, dann nach einem Heilmittel suchen. Wir müssen den Prozess der Ernennung von Kandidaten in ihrer betreffenden Partei prüfen.“ Die Finanzquellen der Parteien müssten untersucht werden, betont die Erklärung.

Das Bildungsprojekt soll in 15 Schritten in Schulen, Gemeinden und 'Kleinen Christlichen Gemeinschaften' im ganzen Land durchgeführt werden. Eine 18-seitige Handreichung mit dem Titel 'Ein pastorales Projekt, um die Menschen vor der Wahl zu sensibilisieren' ist bereits im Umlauf. Es enthält folgende Vorschläge: Rentensystem für alle über 60-Jährigen, kostenlose Mahlzeit in der Primarschule, monatliche Zuwendung für alle behinderten Kinder, Stärkung des sozialen Wohlfahrtssystems u. a. Für Januar 2010 ist eine Nach-Wahl-Versammlung ge-plant. (Citizen 11.5.09; Cathol.-Inform. Service 29.5.09)

Bei einer Sonntagsmesse sagte Kardinal Polycarp Pengo, Oberhaupt der *Catholic Church in Tanzania*, er sei bereit, im Kampf gegen politische Korruption großen Stils in der Regierung und in anderen Machtzentren sein Leben zu opfern, damit das Land nicht durch Filzokratie zugrunde gehe.

Energisch wehrte er sich gegen das sich ausbreitende Gerücht, die römisch-katholische Kirche baue ihren eigenen Präsidentschaftskandidaten auf, der Kikwete bei der kommenden Wahl herausfordern solle. Das sei reine Lüge. Die Kirche sei bereit, jeglichen Kandidaten irgend einer Religionszugehörigkeit zu unterstützen, vorausgesetzt er oder sie ist aufrichtig, zeigt wahre Liebe zu seinem/ihrer Land. Aber „die Kirche wird sich nicht zurücklehnen und zulassen, dass ein

korrupter Politiker irgend einer Religionszugehörigkeit zum Präsidenten gewählt wird." (ThisDay 15.6.09)

Pengo sagte, die Kirche wolle die Wähler bilden, damit sie als verantwortungsbewußte Bürger ihre Stimme abgeben, genau wissen, was für Volksvertreter sie wählen. "Nach der Wahl sollen sie nicht zur Entschuldigung vorbringen, sie hätten nicht gewusst, was sie tun. Waren sie bei den letzten Wahlen nicht Opfer von Betrügerei? Vielleicht gab ihnen damals jemand ein paar Portionen Reis und eine doppelte Khanga. Und dann wählten sie ihn. "Man müsse die Menschen bilden". betonte er. "Sie sollten nicht länger mit Reis und milden Gaben betrogen werden." Guardian 25.6.09)

*

Reaktionen: Der *Muslim Governing Council* griff die Kirche an. Sein Generalsekretär sagte, dieses Projekt untergrabe die Freiheit der anderen Religionsgruppen. "Es soll sofort gestoppt werden, denn andere religiöse Organisationen könnten sich getrieben fühlen, ähnliche Erklärungen abzugeben."

Prof. Ibrahim Lipumba (CUF) sagte, diese Aktion der Kirche sei nicht verkehrt.

Zwei Abgeordnete äußerten im Parlament Unmut über das Vorgehen der *Cath. Church in Tanzania*, es bedrohe die religiöse Toleranz, könne Menschen beeinflussen, so dass die Religion entscheide, wen sie wählen. Ngombale-Mwiru, ein altgedienter Abgeordneter, drängte die Kirche, das Heft zurückzuziehen. Es "entzweie" und könnte "unnötiges Chaos" herbeiführen. Nicht zum ersten Mal täten die römisch-katholischen so etwas. "Das ist nun Sitte. Auch 2005 gab es eine ähnliche Schrift. Mit allem Respekt bitte ich die Kirche das Heft zurückzuziehen, denn wir sind eins und wollen nicht gespalten werden wie im Libanon", erklärte er. "Wir fangen nun an zu wackeln. Jetzt die römischen Katholiken, dann die *Evang.-Luth. Kirche in Tansania*, die Anglikaner und auch die Muslime." Doch er sei "ein Freund der führenden Katholiken" betonte er. Die Regierung äußerte sich noch nicht offiziell, doch einzelne Politiker sagten, sie hätten gemischte Gefühle.

Pfarrer Dr. Mtaita, Generalsekretär des *Tanzania Christian Council (CCT)* sagte, er wundere sich über die Kommentare einiger Personen, die die Schrift nicht genau gelesen und richtig verstanden hatten. Sie rufe nicht zur Wahl katholischer Politiker auf. Mit viel Geld unterstütze das *UN-Development Programme* das Projekt. (Citizen 11./16./17.7.09)

Führende Katholiken verteidigten die Handreichung. Keinesfalls habe man die Absicht, die Nation auf Grund der Religion zu spalten. Man werde die pastoralen Leitlinien nicht zurückziehen, betonte Kilaini, denn es gehe lediglich um staatsbürgerliche Bildung, Landbesitz, den Betrieb der Gefängnisse, die Polizei u. a. Auch Bischof Ruwa'ichi verteidigte die Aktion seiner Kirche (Citizen 16./17./22.7.09)

Was Dar-es-Salaamer Kinder in der Schule gerne tun

Mwindadi (5): Ich singe gern. Fast immer singen wir vor dem Unterricht.

Ndimalile (5): Ich mag Bilder malen, weil wir Farben bekommen. Ich malte eine Ziege, eine Kuh, einen Hund, eine Katze und Hühner. Ich möchte so werden, wie die berühmten Künstler, die schöne Bilder malen, Präsidenten und andere Leute, und die Bilder dann verkaufen.

Joan (6): Ich singe gern. Unsere Englischlehrerin lässt uns meistens vor dem Unterricht singen. Ich möchte ein Sänger werden, denn wenn die Lehrerin sagt, wir sollen singen, stimme ich am liebsten an. Die anderen folgen.

Kuruthum (6): Ich werde traurig und langweile mich, wenn ich nicht in die Schule gehe, weil ich dann nicht mit anderen spielen kann. In unserer Schule haben wir zwei Fußballteams gebildet und manchmal spielen wir gegeneinander. Wenn mein Team gewinnt, freue ich mich sehr.

Sahri (6): Nichts mag ich in der Schule so gern, wie Geschichtenbücher lesen. Als ich noch nicht lesen konnte, habe ich mir die Bilder angesehen. Ich freue mich, dass ich jetzt lesen kann. Ich mag gerne vorlesen. Wenn die Lehrerin fragt, wer vorlesen will, hebe ich als erste den Finger.

Hadija (5): Wir haben einen großen Schulhof, auf dem wir spielen dürfen. Ich mag hüpfen und rennen und mit meinen Freundinnen singen. Auch Verstecken spiele ich gern. Aber die Zeit ist zu kurz, weil wir dann wieder ins Klassenzimmer gehen müssen.

Athanas (10): Ich sitze gerne nahe bei der Lehrerin, weil sie mir das Lesen beibringt. Ich kann nämlich nicht richtig lesen. Unsere Lehrerin ist sehr nett. Ich möchte sie mit meinen Eltern einmal besuchen und ihr etwas schenken.

Patric (8): Am schönsten ist es, ein paar Plätze in der Stadt zu besuchen, auch den Strand. Ich mag schwimmen, aber ich darf nicht allein, sondern nur mit einer Gruppe zum Schwimmen gehen. Auch zeichnen mag ich und die Bilder dann ausmalen. (Guardian 12.4.08)